

Die SPD nach der Bundestagswahl: Mit klarem Profil die Unterschiede deutlich machen

Die Menschen haben Schwarz-Gelb bei der Bundestagswahl abgewählt. Für die SPD gilt: wir haben im Kreis Unna ein gutes Wahlergebnis mit überdurchschnittlichen Zuwächsen erzielt, im Bund unser Wahlziel jedoch nicht erreicht. Die SPD hat das verloren gegangene Vertrauen noch nicht zurück gewonnen. Nun gilt es, insbesondere auf Bundesebene einen klar profilierten Kurs auf der Grundlage unseres Regierungsprogramms konsequent umzusetzen.

Für uns gilt: wir treten nur in eine Bundesregierung ein, wenn sozialdemokratische Regierungspolitik dabei herauskommt. Wir wollen eine bessere Regierung. Diese Regierung muss verlässlich und berechenbar sein. Wir wollen aber auch eine gerechtere Regierung, die heute die notwendigen Weichen zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft stellt und für den sozialen Fortschritt und gesellschaftliche Modernisierung sorgt. Deshalb sind bei Koalitionsverhandlungen, die von und mit der SPD geführt werden, alle folgenden Eckpunkte unverzichtbare Bestandteile eines auszuhandelnden Koalitionsvertrages:

1. Der gesetzliche Mindestlohn und die konsequente Eindämmung von prekärer Beschäftigung in Leih- und Zeitarbeit sowie Mini-Jobs sind ebenso unverzichtbare Bestandteile einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt wie der Verzicht auf die sachgrundlose Befristung.
2. Die Rente mit 67 muss ausgesetzt werden, solange nicht mindestens die Hälfte aller 60 bis 65jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Das Rentenniveau muss bis mindestens 2020 stabil bleiben.
3. Das Betreuungsgeld muss abgeschafft werden. Die dadurch frei werdenden Mittel werden in den zusätzlichen Ausbau der Kinderbetreuung investiert.
4. Das Kooperationsverbot in der Bildung muss abgeschafft werden. Bund und Länder müssen 20 Mrd. Euro zusätzlich in Bildung investieren, u.a. um die Ausbildungsgarantie umzusetzen und den Ganztagschulausbau neu zu beleben.
5. Die nächste Regierung muss den Einstieg in die Bürgerversicherung mit einem einheitlichen Wettbewerbsrahmen für alle Krankenkassen und einer einheitlichen Honorarordnung schaffen.
6. Die Kommunen müssen entlastet werden. Dazu brauchen wir die Garantie der bereits vereinbarten Schritte zur Übernahme von Anteilen der Eingliederungshilfe durch den Bund und weitere Entlastungsschritte.
7. Deutschland braucht einen Pakt für Bildung und Entschuldung. Dafür müssen die besonders hohen Einkommen und Erbschaften für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben in Bildung und Infrastruktur herangezogen werden. Dazu gehört die Erhöhung von Vermögens- und Abgeltungssteuer genauso wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Abschaffung besonderer steuerlicher Privilegien für Hoteliers und reiche Erben.

Unter diesen Voraussetzungen kann die SPD in eine neue Bundesregierung eintreten und sozialdemokratische Regierungspolitik verwirklichen. Kompromisse werden nötig sein, aber diese dürfen die o.g. Punkte nicht in Frage stellen.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, die Meinung der Parteibasis bei allen vor uns liegenden Verfahrensschritten einzubeziehen und über den Parteikonvent und Parteitage und ggf. Mitgliederentscheide Basisbeteiligung sicherzustellen.